

## ANNEX

E 2001 (B) 8/38

Entwurf.

INSTRUKTIONEN FÜR DIE SCHWEIZERISCHE DELEGATION  
ZUR KONFERENZ DES VÖLKERBUNDES  
FÜR DIE KONTROLLE DES WAFFEN- UND MUNITIONSHANDELS

1. Die schweizerische Abordnung wird grundsätzlich eine zurückhaltende Stellung einnehmen, da gewisse Bestimmungen des zur Diskussion stehenden Konventionsentwurfes in der vorliegenden Form geeignet sind, für schweizerische Verhältnisse Bedenken zu erwecken, ohne dass andererseits deren Verwirklichung einen entscheidenden Fortschritt auf dem Wege zur Abrüstung bedeuten würde. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass das von der «Gemischten temporären Kommission» gemäss den Resolutionen der Völkerbundsversammlung ausgearbeitete Vertragsprojekt lediglich die Kontrolle des *Handels* mit Kriegsmaterial betrifft, während die inländische *Produktion* nicht gleichzeitig Gegenstand einer internationalen Regelung bildet, wird es die Delegation vermeiden, durch ihre Haltung die späteren Entschliessungen des Bundesrates in Bezug auf die Konvention zu präjudizieren.

Andererseits sind die allgemeinen Grundsätze des Artikels VIII des Völkerbundsvertrages betreffend die Beschränkung der Rüstungen im Auge zu behalten, ebenso wie die im neuen Konventionsentwurf entwickelte Bestimmung des Artikels XXIII lit.d des Paktes, derzufolge der Völkerbund «mit der Überwachung des Waffen- und Munitionshandels mit den Ländern betraut ist, bei denen die Kontrolle dieses Handels im allgemeinen Interesse unumgänglich ist.»



Im allgemeinen soll die Mitarbeit der schweizerischen Delegation an den Verhandlungen, bei Eintreten für zweckmässige Vorschläge, auf die Umgestaltung derjenigen Bestimmungen des Vertragsprojektes abzielen, die in Friedenszeiten unter Umständen eine einseitige, die Abrüstung nicht unbedingt fördernde Kontrolle kleinerer Staaten mit sich bringen, und die in Zeiten von Krieg und Kriegsgefahr eine Erschwerung der Wahrung der Neutralitätsgrundsätze bedingen könnten.

2. Die schweizerische Delegation wird gegebenenfalls dafür eintreten, dass, entsprechend dem Konventionsentwurf, und im Gegensatz zum Abkommen von St. Germain, die Lieferung von Kriegsmaterial auch an Staaten, die der Konvention nicht beitreten, unter den gleichen Bedingungen zulässig sein soll, die für Kontrahenten gelten.

3. Was die in Artikel 1 des neuen Konventionsentwurfes definierten verschiedenen Kategorien von Waffen, Munition und Kriegsmaterial anbetrifft, die Gegenstand einer differenzierten Behandlung bilden sollen, so ist die schweizerische Delegation grundsätzlich ermächtigt, Vorschlägen zuzustimmen, die eine allgemeine Kontrolle auf die unter Kategorie I aufgeführten Objekte beschränken. Es sollte, gemäss den Feststellungen der vorbereitenden Instanzen des Völkerbundes, präzisiert werden, dass bloss fertige, keineswegs aber bloss vorgearbeitete, unfertige Bestandteile unter die Kontrolle fallen.

4. Hinsichtlich der Umgrenzung der «Prohibitionszonen» gemäss Artikel 9ff. des Konventionsentwurfes wird die schweizerische Delegation den Standpunkt einnehmen, dass eine verschärfte Ausfuhrkontrolle im Sinne von Artikel XXIII lit. d des Völkerbundspaktes gegenüber den Gebieten oder Kolonien wohl Platz greifen könne, in denen die lokale Regierung oder die die Staatsgewalt ausübende fremde Macht gewillt ist, die dementsprechende Einfuhrkontrolle auszuüben. Gegen seinen Willen soll indessen ein souveräner, der Völkergemeinschaft angehörender Staat nicht in die Prohibitionszone einbezogen werden.

Ebenso soll sich der Umfang der Kontrolle grundsätzlich nach den Massnahmen des Einfuhrstaates richten. Dies kann eine Befreiung der Ausfuhrkontrolle von Waffen der Kategorie III zur Folge haben, sofern das Bestimmungsland deren Einfuhr nicht überwachen will.

5. Die vorgeschlagene Redaktion der Bestimmung, die sich auf die Durchfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial bezieht, scheint ein Kontrollsystem einführen zu wollen, das einerseits an sich schon sehr schwer zu handhaben wäre und das überdies Komplikationen mit Bezug auf die Bewertung mit sich bringen kann, ob eine Transitsendung korrekterweise zurückzuhalten ist oder nicht. Die schweizerische Delegation soll für eine möglichst grosse Freiheit des Transitlandes eintreten<sup>7</sup>. Die Kontrolle soll grundsätzlich im Verhältnis zu Vertragsstaaten darauf beschränkt werden, zu prüfen, ob eine regelmässige Ausfuhrbewilligung für die Sendung vorliegt. Es ist ferner zu präzisieren, wie es sich mit Transitsendungen aus Ursprungsländern verhält, welche der Konvention nicht angehören.

6. Hinsichtlich der Statistiken wird die Delegation dahin zu wirken suchen, dass Bestimmungen, die den kommerziellen Betrieb und die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken beeinträchtigen könnten, nicht in die Konvention Aufnahme finden. Es erscheint nicht erforderlich, dass die Statistiken zu

---

7. *Der erste schweizerische Delegierte, E. Lohner, erklärte am 14. 5. 1925 in der Commission générale der Konferenz: [...] Pour en venir au système même du contrôle à exercer sur les marchandises en transit, je voudrais insister pour qu'on ne demande pas aux autorités des pays de transit d'édicter des mesures qui, en fait, ne seraient guère applicables. Nous devons toujours nous inspirer du principe qu'il ne faut rien mettre dans une Convention qui ne puisse être loyalement et rigoureusement appliqué, et, par conséquent, qu'il ne faut y insérer aucune disposition qui risquerait, ou bien d'être théorique, ou bien d'amener des contestations entre Etats sur le point de savoir s'il convient de retenir tel envoi en transit ou non. Les autorités du pays de transit doivent être libres d'émettre elles-mêmes les appréciations justifiées par les faits; ce sont elles qui doivent juger s'il existe des «motifs de croire qu'un envoi d'armes n'est pas conforme à la présente Convention». Et je voudrais ajouter que l'«enquête» dont parle le projet d'article devrait se borner, en règle générale, à la constatation que l'envoi est accompagné d'une licence délivrée en due forme. Je ne doute, d'ailleurs, pas que la Commission ne partage entièrement la manière de voir de notre délégation à ce sujet. /.../ (E 2001 (B) 8/38).*

häufig im Jahre einverlangt werden. Unter keinen Umständen soll ein Zwang zur Mitteilung der Namen exportierender Firmen eingeführt werden.

Die schweizerische Delegation kann sich damit einverstanden erklären, dass die Zusammensetzung des vorgesehenen internationalen Kontrollorgans durch den Völkerbundsrat erfolge. Sollten von gewisser Seite anderweitige Anträge gestellt werden, so kann die Delegation Bericht erstatten und um Instruktionen einkommen.

7. Die schweizerische Delegation wird dem in Artikel 25 des Konventionsentwurfes ausgesprochenen Gedanken zustimmen, wonach in Kriegszeiten die Ausfuhrbeschränkungen im Verhältnis zu den kriegführenden Staaten dahinfallen und die allgemeinen Grundsätze des Neutralitätsrechtes ohne weiteres Platz greifen. In Bezug auf die Ausfuhr und den Transit wird sich die Schweiz auch hier im Sinne ihrer bisher gehandhabten Neutralitätspolitik volle Entschliessungsfreiheit wahren müssen. Gegebenenfalls ist bei Beratung dieses Artikels der Vorschlag zu machen, dass ein Vorbehalt im erwähnten Sinne ausdrücklich vorgesehen werde<sup>8</sup>.

8. Grundsätzlich wird die Delegation bei der Redaktion des Artikels, der von den Vorbehalten bei der Unterzeichnung der Konvention oder dem Beitritt zu derselben handelt, dahin zu wirken haben, dass die nach dem Entwurf bestehenden Unklarheiten ausgeschaltet werden. Nach Möglichkeit sind die als annehmbar angesehenen Reserven im voraus zu präzisieren.

9. Was die Geltungsdauer der Konvention anbetrifft, so kann die schweizerische Delegation, in der Erwägung, dass über das vorgeschlagene Kontrollsystem jedenfalls zunächst Erfahrungen zu sammeln sind, Anträge auf eine Verkürzung der vorgeschlagenen Kündigungsfrist unterstützen.

10. Im Sinne der Ausführungen der zuständigen Departemente kann die Delegation grundsätzlich den Vorschlägen auf Vereinheitlichung der Nomenklatur und der Methoden der Statistik der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial, die ebenfalls auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden, zustimmen. Als Grundlage sollte die Brüsseler Übereinkunft vom 31. Dezember 1913 betreffend die Erstellung einer internationalen Handelsstatistik, deren Nomenklatur zu spezifizieren wäre, verbleiben. Die auf eine Vereinheitlichung der statistischen Quantitätserfassung (Angabe des Gewichts und der Stückzahl) hinzielenden Vorschläge erscheinen als annehmbar.

---

8. *In der Sitzung der Commission générale vom 19.5.1925 führte Lohner aus: [...]*

Pour dire, tout d'abord, un mot de l'exportation, les Etats neutres ne sont pas tenus, aux termes de l'article 7 de la Convention précitée concernant les droits et les devoirs des Puissances et personnes neutres en cas de guerre sur terre, d'empêcher la livraison, pour le compte des belligérants, «d'armes, de munitions et, en général, de tout ce qui peut être utile à une armée ou une flotte.» Mais les Puissances neutres sont libres de restreindre et, le cas échéant, même d'interdire complètement toute exportation de ce genre et elles doivent conserver ce droit sous l'empire de la nouvelle Convention. La faculté de restreindre l'exportation a été admise par la Conférence pour le régime de paix; elle doit, à plus forte raison, être reconnue en temps de menace de guerre.

Il en est, en principe, de même en ce qui concerne le *transit*. En *temps de guerre* les Etats neutres seront en droit, aux termes de l'article cité plus haut de la V<sup>e</sup> Convention de La Haye, de restreindre ou même d'empêcher le transit d'armes et de munitions à travers leur territoire, à condition qu'ils appliquent leurs mesures restrictives ou prohibitives d'une manière absolument égale à l'égard des belligérants (articles 9 de la Convention). En temps de paix, l'intérêt de la libre circulation, le principe même de la liberté de transit s'opposeraient, évidemment, à des mesures de ce genre. Je voudrais ajouter, toutefois, que la Convention que nous allons élaborer ne devra pas porter préjudice au droit des Etats, qui s'inspire d'une longue tradition de neutralité, de pouvoir édicter certaines mesures restrictives, non seulement en temps de guerre, mais aussi quand il y a *menace de guerre* dans le sens de l'article XI du Pacte de la Société des Nations. L'Etat neutre doit être libre, aussi aux termes de la nouvelle Convention, de prendre, dans l'intérêt supérieur de la paix, les mesures qui lui semblent nécessaires, même si cela devait apporter quelques restrictions temporaires à la circulation.

Ce que je viens de dire n'est aucunement en contradiction avec l'une ou l'autre des dispositions de la Convention, de sorte que la Délégation suisse n'estime pas nécessaire de déposer un amendement formel à cet égard (E 2001 (B) 8/38).